SEITE 2
SPD-Bundestagsfraktion für Arbeitnehmerdatenschutzgesetz

SEITE 3
Im Interview: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

SEITE 4
Konkrete Krisen-Hilfe für Betriebe und Beschäftigte

SEITE 5
Bundesarbeitsminister Olaf Scholz über Mitbestimmung in der Krise

SEITE 6
Bildungssoli für mehr soziale Gerechtigkeit

SEITE 7
Nachhaltige Klimapolitik

SEITE 8
Versicherte im Fokus

GUTE ARBEIT

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Ausgabe 3/2009

Schutzschirm für Ausbildung

Ausbildungsangebot sichern

Mit einem „Schutzschirm für Ausbildung“ will die SPD-Bundestagsfraktion verhindern, dass ausgerechnet diejenigen die Lasten der Krise tragen müssen, die gerade erst ins Berufsleben einsteigen – die Auszubildenden und die Ausbildungsplatzsuchenden.

In Folge der Krise zeichnet sich ein dramatischer Rückgang der Lehrstellen ab – das Angebot an Ausbildungsplätzen könnte um rund 50 000 Plätze auf etwa 565 000 im Ausbildungsjahr 2009/2010 zurückfallen, sagen aktuelle Prognosen. Die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesarbeitsminister Olaf Scholz nehmen deshalb die Unternehmen in die Pflicht: Sie fordern von der Wirtschaft weitere Anstrengungen, um bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2009/2010 erneut insgesamt 600 000 neue Ausbildungsverträge garantieren zu können. Bisher sieht sich die Wirtschaft außerstande, mehr Verantwortung zu übernehmen. Um einem Rückgang der Ausbildungsplätze entgegenzuwirken, fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb, die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze durch die Bundesagentur für Arbeit in der Krise mindestens auf dem gleichen Niveau wie 2008 zu gewährleisten. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurden außerdem Änderungen beim Ausbildungsbonus für Betriebe beschlossen, wenn sie einen Azubi einstellen, dessen früherer Arbeitgeber pleite ist. Künftig wird die Fortsetzung der Ausbildung für alle so genannten Insolvenz-Auszubildenden finanziell unterstützt. ■

Mehr zum Thema: Seite 6

Jeder, der ausbildungswillig und -fähig ist, soll eine Chance erhalten. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.

Gegen den Steuer-Irrsinn

Aktuelle Steuerschätzungen sind bereits jetzt ein deutliches Warnzeichen: Das Krisenmanagement läuft erfolgreich, aber die Krise ist noch nicht überwunden. Auch bei den für Städte und Gemeinden so wichtigen Gewerbesteuern zeichnet sich ein Minus ab. Eine Situation, die sich meistern lässt. „Irrsinn wird das Ganze, wenn jetzt Steuersenkungen angekündigt werden“, erklärte Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier auf der kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit Blick auf Forderungen aus Union und FDP. „Das zerstört die fi-nanzielle Basis der Kommunen“, so Steinmeier. Die SPD steuert gegen. ■

Mehr zur Konferenz: Seite 3

Ausbildung und Beschäftigung in der Krise sichern

- **Kurzarbeit geht vor Entlassung – dieses Prinzip gilt nach wie vor. Mit dem „Kurzarbeitergeld plus“ wird die Bezugsdauer numehr auf 24 Monate verlängert.**
- **Veränderte Bedingungen beim Ausbildungsbonus verbessern die Chancen von Auszubildenden, ihre Ausbildung fortzusetzen, wenn ihr Arbeitgeber in Insolvenz geht.**

FOTOS: COLOURBOX (2), MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, PHOTOCASE

Aufgespießt

Dass die Arbeitnehmerseite in Aufsichtsräten mitbestimmt, ist für die FDP Teufelswerk. Deswegen will sie Aufsichtsräte entmachten und stattdessen die Aktionäre in der Hauptversammlung mehr entscheiden lassen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, erklärt zum Beispiel:

„Die FDP-Fraktion will, dass die Eigentümer in der Hauptversammlung über die Vergütung der Vorstände entscheiden." (Rainer Brüderle, 11. März 2009)

Die Aktionäre sollen also über die Managergehälter abstimmen. Zwei Monate später ist sich die FDP aber damit schon nicht mehr so sicher – es geht ja schließlich ums Eingemachte, um die konkreten Vorstandsbezüge:

„Dass die Hauptversammlung allein auf Grund ihrer Größe nicht das richtige Gremium ist, um über jedes einzelne Gehalt eines Vorstandsmitgliedes zu entscheiden, liegt förmlich auf der Hand."
(FDP, „Liberale Argumente", 29. Mai 2009)

Was denn nun? Dafür weiß der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle aber bestimmt, wie der Weg aus der Krise aussieht – oder?

„Wir verpassen die Chancen der Krise, weil wir uns mit der Krisenbewältigung aufhalten, aber uns nicht mit der Zukunft beschäftigen, wo wir in 20 Jahren stehen."
(Guido Westerwelle, 25. Mai 2009)

Wir wünschen Herrn Westerwelle viel Erfolg mit der Glaskugel – wir kümmern uns derweil im Hier und Jetzt um ein erfolgreiches Krisenmanagement, die Sicherung von Arbeitsplätzen und ein Ankurbeln der Konjunktur – und dann kann es auch mit der Zukunft klappen.

Klare Grenzen – SPD will einheitliches Gesetz

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Es ist höchste Zeit für ein eigenständiges und einheitliches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Nach den Datenskandalen, etwa bei der Deutschen Bahn, oder der systematischen Überwachung von Mitarbeitern, zum Beispiel bei Lidl, wird der Arbeitnehmerdatenschutz intensiver diskutiert. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz sind weit gestreut und unübersichtlich. Die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich seit langem mit diesem Thema und fordert ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. „Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Arbeitnehmerdaten muss sichergestellt werden", stellt Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, klar. Totalüberwachung und Durchleuchtung von Mitarbeitern müssten ausgeschlossen sein, betont sie.

Mit dem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz will die SPD-Bundestagsfraktion Regelungslücken schließen, die Vorgaben der aktuellen Rechtsprechung einbeziehen und der digitalen Arbeitswelt gerecht werden. Es müsse etwa klar sein, wer auf welche Daten zugreifen darf. Besonders in der Pflicht sollen die Arbeitgeber stehen. „Ein Verstoß gegen den Datenschutz ist kein Kavaliersdelikt", so Nahles. Die Mitbestimmungsrechte bei der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung von Daten sollen ausgeweitet werden.

Zudem soll die Position der betrieblichen Datenschutzbeauftragten gestärkt werden – u.a. durch die Einführung von Kündigungsschutzregeln, wie sie auch für Betriebsräte gelten. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat eine Initiative für mehr Datenschutz am Arbeitsplatz angekündigt. „Ich will da noch vor der Wahl Fortschritte." Wenn es in dieser Koalition nicht zu einem gemeinsamen Entwurf reiche, werde er einen vorlegen. Darüber könnten die Wähler dann bei der Bundestagswahl mit abstimmen. ■

Nachgefragt: Lothar Schröder, ver.di-Vorstand

Lothar Schröder erklärt, weshalb gesetzliche Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz überfällig sind: „Seit nunmehr 27 Jahren fordern Datenschützer und Gewerkschafter verbindliche rechtliche Regeln. 'Datenschutz ist Täterschutz' hält die Stahlhelm-Fraktion dagegen – mit Erfolg: Ein Gesetz gibt es bis heute nicht. Jetzt zeigen die Skandale um die Bespitzelung von Mitarbeitern und Arbeitnehmervertretern in großen deutschen Unternehmen, wie dringlich der Schutz der Persönlichkeitsrechte ist. Sie belegen: Nicht vorhandener Datenschutz schützt die Täter beim Missbrauch wirtschaftlicher Macht."

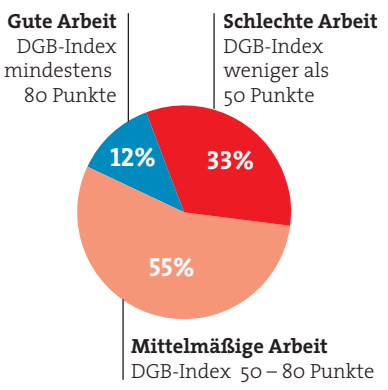
Gute Arbeit Mangelware

Ein düsteres Bild zeichnet der DGB-Index Gute Arbeit von den Arbeitsbedingungen in Deutschland. 33 Prozent der Beschäftigten halten ihre Arbeitsbedingungen für schlecht, so das Ergebnis der bereits zum dritten Mal erhobenen repräsentativen Befragung im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Qualität der Arbeitsplätze. Besonders zu schaffen macht den Beschäftigten der hohe Zeitdruck bei ihrer Arbeit. Sehr negativ bewerten die Arbeitnehmer auch die Höhe ihres Einkommens und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten.

Bei der SPD-Bundestagsfraktion hat die Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten Priorität. Sie sieht sich durch die Studie bestätigt. „Wir wollen Gute Arbeit für alle", erklärt Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. „Dazu zählen gute Arbeitsbedingungen und ein Einkommen, von dem die Beschäftigten ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Gute Arbeit heißt für uns Abbau der atypischen Beschäftigung. Und nicht zuletzt bedeutet für uns Gute Arbeit auch eine fortlaufende Qualifizierung." ■

Jeder Dritte arbeitet unter schlechten Bedingungen

Verteilung der Arbeitsplätze in Deutschland nach Qualitätsstufen (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von knapp 8000 Arbeitnehmerinnen und -nehmern im ersten Quartal 2009

Strengere Regeln für Managergehälter

Was die Union lange verzögerte, wird nun Gesetz. Am 18. Juni hat der Bundestag schärfere Regeln für Managergehälter beschlossen. Die Vergütungen sollen mehr als bisher Anreize für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg setzen. Kern der Neuregelung ist, den Aufsichtsräten eine gewichtigere Rolle bei der Festsetzung angemessener Vorstandsvergütungen zu geben. Variable Vergütungen werden künftig auf mehrjährige Bemessungsgrundlagen bezogen. Zudem werden die Haftungsregeln sowohl für Manager als auch für Aufsichtsräte verschärft.

Die neuen Regeln sind von der Koalition auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet worden. Sie seien ein „wichtiges Signal gegen die Explosion der Vorstandsgehälter", urteilt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß. Als Grundlage dienten Vorschläge, die die SPD im Frühjahr 2008 vorgelegt hatte. ■

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Umsetzung vor Ort beginnt

Das kommunale Investitionsprogramm – ein Kernstück des zweiten Konjunkturpakets

// Was Frank-Walter Steinmeier und die SPD-Bundestagsfraktion auf Bundesebene durchgesetzt haben, zeigt: Die SPD ist die Partei, die die Kommunen stärkt. //

Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck auf dem Podium der zweiten Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Mit ihrer zweiten kommunalpolitischen Konferenz in diesem Jahr legte die SPD-Bundestagsfraktion Ende Juni in Berlin den Finger auf den Puls der Städte und Gemeinden. Im Januar hatte die erste Konferenz mit über 500 sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern Grundlegendes zum kommunalen Investitionsprogramm beraten. Auf der zweiten Konferenz ging es jetzt um die Frage: Wie läuft die Umsetzung vor Ort?

Der Tenor der Berichte aus den Kommunen war eindeutig: Die Politikerinnen und Politiker aus Städten und Gemeinden lobten einhellig das Programm – auch wenn noch nicht überall konkrete Aufträge vergeben werden konnten. In einigen Bundesländern läuft die Auftragsvergabe mit Geldern aus dem Programm schneller an, in anderen weniger schnell – aber sie läuft.

Spätestens in den Sommerferien, wenn vor allem umfassende Baumaßnahmen an Schulen durchgeführt werden können, werden deutliche Konjunkturimpulse in der Region ankommen. „Das Projekt ist gut, es kommt bei den Menschen an, es sorgt für Arbeitsplätze“, fasste Gerhard Langemeyer, Oberbürgermeister von Dortmund und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), zusammen. Denn der überwiegende Teil der Investitionen fließe in Aufträge an heimische Handwerker und Mittelständler vor Ort.

Die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion seien in den vergangenen Jahren auf Bundesebene die einzigen gewesen, „die wirklich Politik für die Kommunen gemacht haben“, betonte Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier auf der Konferenz – ob bei der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der Gewerbesteuer. „Das haben wir mit dem kommunalen Investitionsprogramm wieder bewiesen“, so Steinmeier. ■

Impulse in der Krise

Ein handlungsfähiger Staat braucht Spielräume für Zukunftsinvestitionen, erklärt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) im Interview.

Hat die Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen die richtigen Impulse gegen die Krise gesetzt?
Ja, denn wir haben nicht kopflos auf die schlimmste Wirtschaftskrise seit 60 Jahren reagiert, sondern intelligent gegengesteuert. Bestes Beispiel hierfür ist das kommunale Investitionsprogramm. Damit sichern wir nicht nur heute Arbeitsplätze. Von den zusätzlichen Investitionen in Bildungseinrichtungen oder in die kommunale Infrastruktur werden wir noch Jahrzehnte profitieren.

Wie lässt sich der schwierige Spagat zwischen den in der Krise erforderlichen Mehrausgaben einerseits und Haushaltskonsolidierung andererseits meistern?
Uns muss klar sein: Was in der Krise richtig ist, ist es nicht zwangsläufig auch in der Zeit danach. Wenn es konjunkturell wieder aufwärts geht, müssen wir die krisenbedingte hohe Neuverschuldung wieder deutlich zurückführen. Dass dies grundsätzlich möglich ist, haben wir zwischen 2005 und 2008 gezeigt. Und die Schuldenbremse im Grundgesetz verpflichtet nun die Politik zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Damit schützen wir auch nachfolgende Generationen.

Ich bin überzeugt: Die Menschen wollen einen handlungsfähigen Staat, der Spielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen hat – zum Beispiel in Bildung. Auch deshalb werden die unglaubwürdigen Steuerversprechen von Union und FDP im Wahlkampf nicht verfangen. Es ist schon grotesk, wie manche erst die steigende Staatsverschuldung beklagen, um einen Halbsatz später massive Steuersenkungen auf Pump zu fordern.

Warum brauchen wir Bad Banks?
Diese Krise können wir nur mit einem funktionsfähigen Finanzsektor überwinden, der in der Lage ist, unsere Wirtschaft mit ausreichend Kapital für Investitionen zu versorgen. Deshalb ist es notwendig, das Problem der „Schrottpapiere“ anzugehen, die noch in vielen Bankbilanzen schlummern. Mit den Bad Banks haben Banken die Möglichkeit, ihre Bilanzen kurzfristig zu entlasten. Damit steht ihnen mehr Kapital für die Kreditvergabe zur Verfügung. Wir werden die Banken und deren Eigentümer jedoch nicht aus der Verantwortung entlassen. Unser Modell sieht vor, dass diese letztlich für die Kosten der Bad Banks aufkommen müssen. Damit haben wir die Risiken für Staat und Steuerzahler weitestgehend minimiert. ■

Mehr zu Bad Banks: Seite 7

FOTOS: BILDSCHÖN (2)

Politik für die solidarische Mitte

Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zieht ein erstes Resümee von vier Jahren Großer Koalition.

Die Große Koalition neigt sich dem Ende zu. Das ist auch gut so. Es war in den vergangenen vier Jahren nicht immer leicht, mit der Union zu regieren. Aber wenn man einen Strich unter die Arbeit zieht, so haben wir trotz dieser Koalition viele sozialdemokratische Forderungen durchbringen können.

Wer hätte vor vier Jahren gedacht, dass wir gegen den Willen der CDU/CSU einen Mindestlohn für über drei Millionen Beschäftigte erreichen und den Ausbildungspakt fortsetzen können? Wer hätte gedacht, dass wir das Elterngeld nach den Plänen unserer ehemaligen Familienministerin Renate Schmidt gegen die Union durchsetzen können? Wer hätte es für möglich gehalten, dass wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr gegen die Konservativen durchsetzen können?

Niemand hätte gedacht, dass wir in dieser Koalition das BAföG zum einen retten und dann auch noch erhöhen können. Niemand hat damit gerechnet, dass wir in einer Koalition mit der Union den Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent erhöhen würden.

Und niemand hat es für möglich gehalten, dass wir die Union zur Begrenzung von Managergehältern und zur Bekämpfung von Steueroasen drängen könnten.

Kurzum: Wir haben dieser Koalition einen sozialdemokratischen Stempel aufgedrückt und vieles für das Land erreichen können. Jetzt geht es darum, dass wir in Zukunft mit einem Kanzler Frank-Walter Steinmeier Politik für die solidarische Mitte in Deutschland machen können. ■

Konkrete Hilfe statt Ideologien

Die Krise produziert viele Superlative. So umfangreich wie noch nie nutzen Unternehmen betriebliche Instrumente, um Entlassungen zu vermeiden: Instrumente, für die sich die SPD-Bundestagsfraktion stark gemacht hat.

Rund 50 000 Beschäftigte im Arcandor-Konzern, fast 30 000 an den deutschen Opel-Standorten bangten oder bangen um ihre Jobs. Fast schon perfide wirkt es, wie manche Politiker staatliche Hilfen aus ideologischen Gründen von vornherein ablehnen. Klar ist: Es gibt keine Musterschablone für erfolgreiches Krisenmanagement – jeder Fall ist anders. Klar ist aber auch: Der Staat sollte sein Möglichstes tun, um die zu schützen, die die Krise ihrer Unternehmen am wenigsten zu verschulden haben: die Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze. Zudem hängen immer zehntausende, hunderttausende weitere Schicksale an der Zukunft der „Großen" einer Branche: An jedem Job in der Autobranche hängt in Deutschland durchschnittlich ein weiterer bei einem Zuliefer-Unternehmen und mehr als einer beim Kfz-Gewerbe. Und ein Konzern wie Arcandor hat nach eigenen Angaben 20 000 Zulieferer und Dienstleister in ganz Deutschland – vom kleinen Gewerbetreibenden bis zum Großunternehmen: Allein DHL, die Logistiksparte der Deutschen Post, zählt 3000 Beschäftigte, die fast ausschließlich für Arcandor tätig sind.

Entlassungen vermeiden helfen

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Monaten vor allem darauf gesetzt, Unternehmen und Belegschaften in der Krise dabei zu helfen, Entlassungen zu vermeiden: mit Instrumenten wie dem verbesserten Kurzarbeitergeld, das jetzt als „Kurzarbeitergeld plus" (siehe Seite 5) noch attraktiver gestaltet wurde. Konkrete Hilfe statt Ideologie – das ist die Leitlinie der SPD-Bundestagsfraktion, mit der sie in der Regierungskoalition, zuweilen auch gegen den Widerstand des Koalitionspartners, für die Interessen der Beschäftigten Akzente setzt. „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Krise nicht zu verantworten", erklärt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz die Intention solcher Maßnahmen. Es dürfe nicht sein, „dass sie ausbaden müssen, was andere hinterlassen haben".

Ob Einzelhandel, Industrie oder Handwerk: Die von der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzten Maßnahmen helfen, Arbeitsplätze zu sichern.

Die Maßnahmen zeigen Erfolg: „In bisher nicht gekanntem Ausmaß" würden Unternehmen betriebsinterne Instrumente wie Kurzarbeit nutzen, um Entlassungen zu vermeiden, meldet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Zum Beispiel bei der Conti-Tech Antriebssysteme GmbH, wie Aufsichtsrätin und Arbeitnehmervertreterin Bärbel Bruns berichtet. Die von der SPD-Bundestagsfraktion mit initiierten Maßnahmen, vor allem bei der Verbesserung der Kurzarbeit, „haben uns wirklich sehr geholfen", erklärt Bruns. Mit sieben weiteren Schwesterfirmen wurde eine Strategie koordiniert, die alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzt, bevor es zu Entlassungen kommt. Der Erfolg: keine einzige betriebsbedingte Kündigung bis Ende 2009.

So werde, unter anderem mit dem „Kurzarbeitergeld plus", „gleichzeitig die Basis für den nächsten Aufschwung gelegt", betont die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles. Die erneute Ausweitung der Regelungen sei „ein gutes Signal für Unternehmen und Betriebe, die ihre Anstrengungen, Menschen in Beschäftigung zu halten, fortsetzen und verstärken wollen", so Nahles. Und wer seine Fachkräfte in der Krise hält, muss nach der Krise keinen Fachkräftemangel befürchten. ■

Perspektiven über die Krise hinaus

Interview mit Margret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di

Das Schicksal der Beschäftigten im Arcandor-Konzern steht seit Wochen ganz oben auf der Agenda von Margret Mönig-Raane.

Nach der Insolvenz von Arcandor: Was muss jetzt getan werden?

Die Zukunft von 56 000 Arbeitsplätzen steht auf dem Spiel. Die gilt es jetzt zu sichern. Wir loten alle Möglichkeiten aus, die dazu beitragen können, den Beschäftigten eine gute Perspektive zu eröffnen, das heißt: so viel Standorte und Arbeitsplätze so stabil und zukunftssicher wie möglich erhalten.

Was erwarten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Gewerkschaften von der Politik?

Aus meiner Sicht bedarf es dringend klarer und verbindlicher Regelungen darüber, wo Bürgschaften übernommen und Kredite gewährt werden.

In Folge der Finanzkrise sind zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet. Was fordern Sie, damit nicht vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Lasten der Krise tragen müssen?

Die Lasten sind zurzeit extrem ungleich verteilt. Korrekturbedarf gibt es nicht nur in der Steuerpolitik, wo dringend die Belastungen zwischen starken und schwachen Schultern gerechter aufgeteilt werden müssten, sondern auch in der Frage nach weiteren Impulsen für die Konjunktur. Die beiden von der Regierung geschnürten Pakete reichen offensichtlich noch nicht aus, uns über die Durststrecke hinweg zu bringen. Da muss noch mal nachgelegt werden, auch wenn es weh tut. Die Folgen wären sonst ungleich schmerzhafter.

Wie beurteilen Sie das bisherige Krisenmanagement der deutschen Politik?

Es ist richtig, mit dem Instrument der Kurzarbeit Arbeitsplätze zu erhalten. Das geht maßgeblich auf die Initiative der SPD zurück. Es werden also Impulse gesetzt, richtige Impulse, viele allerdings zu zögerlich und zu spät. Vieles erscheint, wie beispielsweise das Ringen um Bürgschaften und Rettungskredite, richtungslos und motiviert durch den Wahlkampf. Ich würde mir klarere Signale erhoffen und eine Perspektive über die Krise hinaus, die nicht direkt zu einem „weiter so wie bisher" führt. Dazu müssen beispielsweise die Finanzmärkte stärker an die Zügel genommen werden. ■

FOTOS: COLOURBOX, VER.DI

Mitbestimmung: Ein starkes Stück Deutschland

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales und SPD-Bundestagsabgeordneter, beschreibt, weshalb die Mitbestimmung ein Standortvorteil Deutschlands ist – auch und gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die weltweite Krise hat den Arbeitsmarkt unter hohen Stress gesetzt. Als Exportweltmeister trifft uns die Rezession härter als fast alle anderen Industrieländer. Gleichzeitig – und das ist fast schon eine Sensation – steht unser Arbeitsmarkt besser da als in fast allen anderen Ländern. Mit entschlossenem Handeln bei der Ausweitung und Vereinfachung von Kurzarbeit haben wir hunderttausende Arbeitsplätze retten können.

Daran waren die Betriebsräte tatkräftig beteiligt. Die Krise ist auch die Stunde der Mitbestimmung. Es war landauf, landab deutlich zu sehen: Die Betriebsräte haben mitgeholfen und nach Lösungen gesucht. Es ist klug verhandelt worden, und nicht zum ersten Mal haben fähige Betriebsräte Unternehmen gerettet. Die Mitbestimmung ist ein Standortvorteil für Deutschland.

Die SPD steht für die Ausweitung der Mitbestimmung: Feindliche Übernahmen am Betriebsrat vorbei müssen wir verhindern. Die Umgehung der Mitbestimmung durch geänderte Rechtsform oder durch die Einrichtung von Tochter- oder Auslandsunternehmen wollen wir verbieten. Bei der Aus- und Weiterbildung im Betrieb und beim Einsatz von Zeitarbeit muss die Beteiligung der Betriebsräte ausgebaut werden.

In letzter Zeit haben Bespitzelung und Datenmissbrauch in Unternehmen die Öffentlichkeit erregt. Dem Arbeitgeber gehören Computer, Netzwerk und Arbeitsräume. Daher müssen wir die betrieblichen Datenschutzbeauftragten stärken und die Mitbestimmungsrechte des Betriebs- oder Personalrats beim Datenschutz erweitern.

Auch über die nationalen Grenzen hinaus wollen wir Mitbestimmung sichern: Werden Unternehmen grenzüberschreitend aktiv, muss Mitbestimmung weiter möglich sein. Werden Unternehmen übernommen, verschmolzen oder umstrukturiert, dann sind die Beschäftigten davon betroffen. Darum müssen sie vorher beteiligt werden.

Die Mitbestimmung ist auch der Schlüssel, um endlich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Zudem müssen die Betriebsräte vom Arbeitgeber eine mit Zahlen belegte Diagnose verlangen können, ob die Löhne im Unternehmen gerecht sind.

> „Die SPD steht für die Ausweitung der Mitbestimmung.“
>
> *Olaf Scholz*

Das ist die Grundlage, um Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die Mitbestimmung ist ein starkes Stück Deutschland. ■

Werkzeugkasten gegen die Krise

Schon die bisherigen Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld haben geholfen, hunderttausende Arbeitsplätze zu erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich deshalb für das im Juni vom Bundestag beschlossene „Kurzarbeitergeld plus“ eingesetzt.

In Zukunft gilt:
- **Die Bezugsdauer wird auf 24 Monate verlängert.**
- **Ab dem siebten Monat Kurzarbeit bekommen Unternehmen die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Damit gilt weiter das Prinzip „Kurzarbeit vor Entlassung“.**

Auch Betriebsräte können selbst aktiv werden und einiges tun, um die Krise in ihrem Unternehmen möglichst ohne Entlassungen zu meistern: Denn der Betriebsrat muss der Kurzarbeit nicht nur zustimmen, er kann sie auch selbst bei der Arbeitsagentur beantragen. Und er kann gestalten: Der Betriebsrat bestimmt mit, in welchem Umfang Kurzarbeit eingesetzt wird und wie die geänderten Arbeitszeiten verteilt werden. Ist eine passgenaue Regelung gefunden, schließt der Betriebsrat mit dem Unternehmen eine Betriebsvereinbarung ab.

Musterbetriebsvereinbarungen bietet der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Download:
www.dgb.de/uebersicht/Arbeit/kurzarbeit

Infos zur Kurzarbeit:
www.einsatz-fuer-arbeit.de

FOTO: BMAS

Kurzes Gedächtnis

Eines ist klar: Wenn ein Unternehmen in der Krise staatlich finanzierte Hilfe bekommen will, muss es bereit sein, bestimmte Bedingungen zu erfüllen. Diejenigen, die staatliche Hilfen ablehnen, ziehen oft den „Fall Holzmann“ als Beispiel für versenkte Steuergelder heran. Dabei taugt Holzmann keinesfalls als Argument gegen staatliche Hilfen. Davon ist Klaus Wiesehügel überzeugt. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt war damals an den Verhandlungen über die Zukunft des Baukonzerns beteiligt. Er weiß: Anders als heute oft behauptet, hat Holzmann nie staatliche Gelder erhalten. Zur Erinnerung: 2002 hatte der Bund auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zur Sanierung des Baukonzerns eine Bürgschaft in Höhe von 270 Millionen Euro zugesagt – Holzmann ging trotzdem in Insolvenz. Tatsächlich ist nie ein Cent der Staatsbürgschaft geflossen, weil der Konzern die geforderten Voraussetzungen nicht erfüllte. ■

Steuerliche Hilfen

Das Mitte Juni beschlossene Bürgerentlastungsgesetz (mehr auf Seite 8) umfasst auch wichtige steuerliche Hilfen für Unternehmen, um ihnen die Bewältigung der Krise zu erleichtern:

- **Die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Sanierung von Unternehmen durch Investoren werden verbessert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat außerdem durchgesetzt, dass die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden: Die „Sanierungsklausel" greift nur, wenn Arbeitsplätze erhalten bleiben und neues Betriebsvermögen ins Unternehmen fließt. Die Regelung ist auf 2008 und 2009 befristet.**
- **Außerdem wird die Freigrenze bei der im Zuge der letzten Unternehmenssteuerreform eingeführten „Zinsschranke“ rückwirkend für 2008 und für 2009 von einer auf drei Millionen Euro angehoben. Das heißt: Ein Großteil der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) wird von der Zinsschranke nicht betroffen sein und kann seine Zinsaufwendungen als Betriebsausgaben geltend machen.**
- **Die „Ist-Besteuerung“ wird so gestaltet, dass die Umsatzsteuer erst dann entrichtet werden muss, wenn Rechnungen tatsächlich bezahlt sind. Das hilft aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion besonders kleinen und mittleren Unternehmen, die derzeit besonders stark unter verzögerten Kudenzahlungen leiden.**
- **Fast 1400 mittelständische Unternehmen haben bisher Kredite aus dem Sonderprogramm 2009 der Kreditanstalt für Wiederaufbau beantragt. Bis 12. Juni wurde davon bereits 473 Anträge mit einem Volumen von fast 800 Millionen Euro bewilligt.**

Staatliche Handlungsfähigkeit gesichert

Mitte Juni hat nach dem Bundestag auch der Bundesrat den neuen Schuldenregeln zugestimmt. Die gefundene Lösung ist ein Kompromiss, für den die SPD-Bundestagsfraktion lange gekämpft hat. Nicht alles, was die SPD erreichen wollte, konnte sie angesichts der politischen Konstellationen in Bund und Ländern durchsetzen. Die nun beschlossene Schuldenbremse sichert aber auch künftig die Handlungsfähigkeit des Staates.

Danach soll der Staat in Zukunft grundsätzlich seine Ausgaben mit Steuereinnahmen bezahlen. Der Bund kann aber strukturelle Schulden von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) machen, die Länder dagegen nicht. Sie verzichten darauf ab 2020. Die Schuldenbremse ist ein Ergebnis der Föderalismuskommission II – sie bedeutet aber kein „Null-Schulden-Gebot“ um jeden Preis. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in der Kommission erfolgreich dafür eingesetzt, dass konjunkturelle Schulden für Bund und Länder möglich bleiben. Damit bleibt der Staat auch im Abschwung voll handlungsfähig. Zudem gibt es eine Ausnahmeklausel für Notfälle – wie etwa die derzeitige Wirtschaftskrise. Diese Klausel kann mit „Kanzlermehrheit“ im Bundestag in Kraft gesetzt werden: So bleiben die Regierungsfraktionen handlungsfähig. Anders als die SPD-Bundestagsfraktion haben sich Union und FDP für ein absolutes Schuldenverbot mit strengen Sanktionen eingesetzt. Das hätte die Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig gestört.

Die künftig erlaubte strukturelle Verschuldung des Bundes von 0,35 Prozent entspricht etwa neun Milliarden Euro pro Jahr. Investiert werden können sie nun – anders als früher – ohne Zweckbindung: in Baumaßnahmen oder auch in Bildung. Damit gehen die neuen Schuldenregeln weg vom nicht mehr zeitgemäßen Investitionsbegriff, der „Investitionen in Köpfe“ schlechter stellte als „Investitionen in Beton“. ■

Ausbildungsmarkt krisenfest machen

SPD will „Schutzschirm für Ausbildung“

// Im Juni hat der Bundestag auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion Änderungen beim Ausbildungsbonus beschlossen. Ihr Ziel: Jugendlichen, deren Ausbildungsbetrieb in Insolvenz gegangen ist, die Fortführung ihrer Ausbildung zu sichern. //

Bisher ist es nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich, ein neues Ausbildungsverhältnis von so genannten Insolvenz-Auszubildenden mit dem Ausbildungsbonus finanziell zu fördern. Etwa wenn der Azubi als schwer vermittelbar gilt und der Ausbildungsplatz im Übernahme-Betrieb zusätzlich angeboten wird.

Diese Voraussetzungen wurden nun auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion abgeschafft. Jedes Unternehmen, das künftig einen Insolvenz-Azubi übernimmt, kann für sie oder ihn den Ausbildungsbonus erhalten. Das ist „ein wichtiger Baustein, um Ausbildungsplätze auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu schützen“, stellt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles fest. Die SPD-Bundestagsfraktion will gemeinsam mit dem Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) aber noch mehr: einen Schutzschirm für Ausbildung in der Krise. Dazu gehört auch, dass die Partner im Ausbildungspakt – Wirtschaft und Bundesregierung – ihre Anstrengungen erhöhen, damit auch in diesem Jahr mindestens 600 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.

Dieser Forderung von Minister Scholz vermochten die anderen Pakt-Partner jedoch nicht folgen. Sie verwiesen u.a. auf die gesunkenen Schulabgängerzahlen. Eine Begründung, die weder der Arbeitsminister noch die SPD-Bundestagsfraktion gelten lassen – schließlich gibt es zigtausende junge Menschen, die bereits in den letzten Jahren bei der Lehrstellensuche immer wieder leer ausgegangen sind.

„Ein Aussitzen der Krise zu Lasten der jungen Menschen darf es nicht geben“, betont der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann. Gerade in der Konjunkturkrise sei es unverantwortlich, die Lage am Ausbildungsmarkt schöner zu reden als sie ist. „Wer behauptet, es gebe nicht zu wenig Ausbildungsplätze, sondern zu wenige Bewerberinnen und Bewerber, der verhöhnt tausende junge Menschen, die Jahr für Jahr keinen Ausbildungsplatz finden und in sinnlosen Warteschleifen landen.“ ■

Bildung ist ein Menschenrecht

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Bessere Bildung braucht nicht weniger, sondern mehr Geld vom Staat. Deshalb soll gelten: mehr Geld durch die Einführung eines Bildungssoli und gebührenfreier Zugang von der Kita bis zur Uni. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert u.a. einen Solidaritätszuschlag für Bildung, den so genannten Bildungssoli, der mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes finanziert werden soll. Die Einnahmen sollen ausschließlich den Bereichen Bildung und Forschung zu Gute kommen, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christel Humme.

Dass mehr Investitionen in den Bildungsbereich nötig sind, machte zuletzt im Juni der „Bildungsstreik 2009“ deutlich – Schülerinnen, Schüler und Studierende hatten bundesweit u.a. gegen das Abitur nach zwölf Jahren, gegen Studiengebühren, gegen die Umsetzung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen sowie für eine bessere Finanzierung der Bildung demonstriert. Im Namen der Bundestagsfraktion begrüßte Humme den Protest. Auch wenn nicht alle Forderungen der Initiatoren geteilt werden könnten, so sei die SPD-Bundestagsfraktion sich mit den Protestierenden einig: Bildung ist ein Menschenrecht.

Das heißt: Die Politik muss für mehr Chancengerechtigkeit auch im Bildungswesen sorgen. Bildung darf nicht von der sozialen Herkunft abhängig sein. Unterstützung sicherte Humme dem Protestbündnis deshalb beim Kampf gegen Studiengebühren zu: „Auch die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, die Gebühren quer durch die Bildungskette abzuschaffen – von der Kita bis zum Hochschulabschluss.“

Die Kritik der Studierenden an den negativen Auswirkungen des Bologna-Prozesses nimmt die SPD-Bundestagsfraktion ernst. Durch die Studienreform – vor allem die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge – sei an vielen Stellen die Studierbarkeit tatsächlich beeinträchtigt. Eine generelle Kritik an der Bildungspolitik wies Humme jedoch zurück: „Nicht richtig ist, dass in den letzten zehn Jahren nichts passiert ist.“ Seitdem die SPD mit in der Regierungsverantwortung ist, habe Deutschland sowohl das größte Schulreformprogramm, das größte Programm zum Ausbau von Studienplätzen als auch das größte Investitionsprogramm für die Bildungsinfrastruktur auf die Beine gestellt. Und Anfang Juni wurde mit der Verlängerung des Hochschulpaktes, der Exzellenzinitiative und des Paktes für Forschung und Innovation ein weiteres starkes Signal für die Priorität von Bildung und Forschung gesetzt. Bund und Länder finanzieren damit u.a. 275 000 zusätzliche Studienanfängerplätze . ■

Mit der Verlängerung des Hochschulpaktes sollen die Studienbedingungen verbessert werden.

FOTOS: PHOTOCASE (2), SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Ökologisches Wachstum in der Krise fördern

SPD-Bundestagsfraktion für innovative, klimafreundliche Technologien – Union taktiert

Der Klimawandel nimmt auf die Krise keine Rücksicht, er schreitet ungeachtet der wirtschaftlichen Lage weiter voran. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich bewusst: Vorausschauende und nachhaltige Klimapolitik darf deshalb jetzt nicht stoppen.

Im Gegenteil: Gerade in der Krise muss Deutschland zum „grünen Vorreiter" werden. Innovationen und Investitionen im Umweltbereich sind nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern können auch ein echter Jobmotor sein. Deshalb unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die von Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgestellten Grundsätze einer neuen Wachstumsstrategie für Deutschland.

„Deutschland braucht einen sozial-ökologischen New Deal", heißt es in dem Papier. „Durch eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft können wir im nächsten Jahrzehnt eine Million zusätzlicher, zukunftsfähiger Jobs schaffen", erklärt Sigmar Gabriel. Dafür braucht es nicht nur die ökologischen Impulse der Konjunkturpakete, sondern eine Strategie für dauerhaftes, nachhaltiges Wachstum – für ein „kohlenstoffarmes, ressourceneffizientes Wirtschaftswachstum".

Kohlenstoffarm könnte zum Beispiel die innovative CCS-Technologie sein. Hier wird bei der Nutzung fossiler Brennstoffe CO_2 abgeschieden und unterirdisch gespeichert, statt in die Atmosphäre zu gelangen. Noch muss die Technologie serienreif entwickelt werden. Deutschland könnte Vorreiter sein – dafür ist es aber notwendig, rechtliche Grundlagen für ihre Erprobung zu schaffen. Doch genau hier taktiert die Union und verhindert den Startschuss für CCS. Mitte Juni hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion mit der CDU/CSU auf gesetzliche Regelungen geeinigt, nur einen Tag später wurde der Kompromiss wieder in Frage gestellt.

Weniger CO_2: Ein kohlenstoffarmes, ressourceneffizientes Wirtschaftswachstum kann trotz Krise Jobs im großen Stil schaffen.

Die Union führe die Öffentlichkeit in die Irre, wenn sie jetzt den Eindruck erwecke, die Verschiebung des Gesetzes bis nach der Bundestagswahl sei im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, meint der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow. Denn tatsächlich habe die CDU/CSU mit gesenkten Sicherheitsstandards und verschlechterten Haftungsregeln für eine „massive Beschneidung der Bürgerrechte gekämpft".

„Ein Stück aus dem politischen Tollhaus", urteilt auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber. Dafür sei das Thema aber zu wichtig: „CCS ist eine Technologie, die Zukunft hat", erklärt Kelber. Deutschland müsse diese Technologie entwickeln – aber zu vernünftigen finanziellen, ökologischen und sozialen Bedingungen. „Genau daran hat es bisher mit der Union gehapert."

Auch im Bereich der Energieeffizienz ist die SPD-Bundestagsfraktion sehr aktiv. „Energieeffizienz ist die entscheidende Stellschraube, um im Bereich Klimaschutzpolitik voranzukommen", so Marco Bülow. Die SPD-Bundestagsfraktion will deshalb eine „nationale Energiesparoffensive" starten, ihre Arbeitsgruppe Umwelt hat im Papier „Klimaschutz und Energieeffizienz" die notwendigen Maßnahmen zusammengefasst. Gerade deutsche Unternehmen würden in Energiesparmaßnahmen noch zu wenig investieren, obwohl es sich wirtschaftlich rechne, erklärt Bülow: 20 bis 40 Prozent des Einsparpotenzials seien hier noch ungenutzt. ■

www.spdfraktion.de

Bad Banks: Wichtig für uns alle

Die Einrichtung von „Bad Banks" ist keineswegs ein Geschenk an die Banken. Denn auch die können jeden Euro nur einmal ausgeben. Für die Abschreibungen ihrer wertlosen „Giftpapiere" müssen die Banken Kapital hinterlegen, das für die Kreditvergabe an die Wirtschaft fehlt. Giftmüll in den Banktresoren heißt also: weniger Kredite vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen – das gefährdet Arbeitsplätze und die Konjunktur.

Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für ein faires Bad-Bank-Modell eingesetzt, das wieder für mehr Vertrauen auf den Finanzmärkten und eine sichere Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft sorgt. „Gleichzeitig werden die Banken nicht aus ihrer Verantwortung entlassen", betont der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Schneider.

Im Prinzip ist das Modell simpel. Eine zentrale staatliche Bad Bank wird es nicht geben. Dafür kann jetzt jede Bank eine eigene Bad Bank gründen, ihren „finanziellen Giftmüll" dort auslagern und erhält dafür eine Schuldverschreibung. Für diese Schuldverschreibung garantiert der staatliche Bankenrettungsfonds (SoFFin) – und die Banken können sie bei der Bundesbank für „frisches Geld" einreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt außerdem dafür, dass die Bad Banks für den Steuerzahler kein Fass ohne Boden werden: Die Müllabfuhr gibt es nur gegen „Müllgebühr" – eine Garantiegebühr an den Bankenrettungsfonds. Kurz: Der Staat garantiert, aber die Banken müssen dafür zahlen. Und: Weisen die „Giftpapiere" nach Ende der Garantielaufzeit (maximal 20 Jahre) weitere Defizite auf, gibt es keine Ausschüttungen an die Anteilseigner der Bank – diese Ausschüttungen fließen dann an den Bankenrettungsfonds, bis das Defizit ausgeglichen ist. ■

FOTO: PHOTOCASE.COM/MÄXCHEN

Beschäftigte als Experten

2008 hat das Bundesumweltministerium (BMU) gemeinsam mit zehn Verbänden und Unternehmen – darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund und die IG Metall – das „Netzwerk Ressourceneffizienz" ins Leben gerufen. Ressourceneffizienz heißt, in der Produktion den Einsatz begrenzter Rohstoffe sparsam und nachhaltig zu gestalten: ein Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften und umweltverträgliche Produktion. Und ein Konzept, das auch die SPD-Bundestagsfraktion fördert. Sie hat im Bundestag etwa für verschiedene vom BMU geförderte Projekte des Netzwerkes gestimmt. Zum Beispiel für den erfolgreich angelaufenen Branchendialog zur Ressourceneffizienz in der Aluminiumbranche.

Mehr zum Netzwerk und zum Branchendialog:

www.netzwerk-ressourceneffizienz.de
www.aluminium-ressourceneffizienz.de

Vorgestellt

Joachim Stünker

Ein Vierteljahrhundert praktische Justizerfahrung – das ist das Fundament, mit dem Joachim Stünker (61) seit 1998 die Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion gestaltet. Als ihr rechtspolitischer Sprecher und als Mitglied im Rechtsausschuss des Bundestags hat Stünker das Rechtssystem entscheidend mitgeprägt. Besonders am Herzen lag ihm die gesetzliche Regelung der Patientenverfügung. „Um für Patienten und Ärzte Klarheit zu schaffen, war ein Gesetz längst überfällig“, betont Stünker. Sein Vorschlag ist Mitte Juni mit deutlicher Mehrheit vom Bundestag angenommen worden.

Helga Kühn-Mengel

Volle Kraft für Patientinnen und Patienten – das ist das Motto von Helga Kühn-Mengel (61), SPD-MdB und seit 2004 Patientenbeauftragte der Bundesregierung. Gute Qualität, starke Rechte für Patienten, mehr Transparenz im Gesundheitsbereich und Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung, unabhängig von Geldbeutel, Alter und Wohnort, so sieht Kühn-Mengel die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Denn nur gut informierte Patienten und Versicherte können gegenüber Kassen und Ärzten sicher und selbstbewusst auftreten. Gerade hat Kühn-Mengel Eckpunkte für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt – das Ergebnis einer Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion unter ihrem Vorsitz.

Sozial, fair, erfolgreich

Die solidarische Bürgerversicherung bleibt das Ziel.

Umfassende medizinische Versorgung muss für jede und jeden bezahlbar sein – danach richtet die SPD-Bundestagsfraktion ihre Gesundheitspolitik aus.

// Die Gesundheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion rückt die Interessen der Versicherten in den Mittelpunkt. //

Rückenwind für Ulla Schmidt“, titelte die „Frankfurter Allgemeine“ Mitte Juni nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Privaten Krankenversicherung (PKV). Und Rückenwind für die SPD-Bundestagsfraktion. Denn die Karlsruher Richter haben entschieden: Es ist rechtens, dass auch die PKV bisher nicht versicherte Freiberufler, Selbstständige oder Beamte ohne Gesundheitsüberprüfung in einen „Basistarif“ aufnehmen muss.

Damit hat das Verfassungsgericht wichtige Grundsätze der Gesundheitspolitik bestätigt, die die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren erfolgreich durchsetzen konnte: mehr Solidarität im Gesundheitssystem und mehr Fairness zwischen der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung. So sei endgültig bestätigt, dass auch die PKV „soziale Verantwortung übernehmen muss, damit jeder und jede in Deutschland über einen Krankenversicherungsschutz verfügen kann“, erklärte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nach dem Urteil.

Die Lobby der privaten Versicherer versuchte die Öffentlichkeit nach dem Urteil zwar glauben zu machen, es sei eine „Lebensgarantie“ für die PKV und damit gleichzeitig das endgültige Aus für eine Bürgerversicherung. Aber das ist – vorsichtig ausgedrückt – grob irreführend. Das Urteil lässt den Weg in eine solidarische Bürgerversicherung, für die sich die SPD-Bundestagsfraktion einsetzt, weiter offen. „Die SPD steht für ein solidarisch organisiertes und finanziertes Gesundheitssystem, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine gute medizinische Versorgung zur Verfügung stellt und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben lässt“, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Elke Ferner. Dafür brauche es eine Bürgerversicherung, „in die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen“ – vom Arbeiter und der Angestellten über die Politikerin und den Selbstständigen bis zum Beamten. Damit gebe es für die Gesundheitsversicherung die finanzielle Basis, um allen Versicherten eine dauerhaft gute Versorgung zu gewährleisten.

Auch in der aktuellen Krise stehen für die SPD-Bundestagsfraktion die Interessen der Versicherten im Mittelpunkt. Dass das keine hohle Phrase ist, werden viele bereits in diesem Jahr im eigenen Portmonee sehen: Der bundeseinheitliche Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets zum 1. Juli 2009 von 14,6 auf 14 Prozent gesenkt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich darüber hinaus dafür eingesetzt, auch den Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten zu streichen, den die Versicherten ohne paritätische Finanzierung des Arbeitgebers alleine zahlen – dazu war die CDU/CSU aber nicht bereit.

Weitere Entlastungen bringt das im Juni beschlossene Bürgerentlastungsgesetz. Künftig sind Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in deutlich größerem Umfang als bisher steuerlich absetzbar. Bei der konkreten Ausgestaltung der neuen steuerlichen Regelungen hat die SPD-Bundestagsfraktion vor allem darauf geachtet, dass sie gezielt Gering- und Durchschnittsverdiener begünstigen. ■

FOTOS: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION (2), COLOURBOX

IMPRESSUM GUTE ARBEIT
Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel
Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Timm Steinborn
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
– per Fax: 030/22756800